Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 455. **Donnerstag** den 6. September 1894. 88. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der am 30. Mai d. J. allhier verstorbene Privatmann Johann Carl Hermann **Leibhold** hat auch dem „Stadt-Orchester-Wittwen- und Waisenfonds" ein Vermächtniß von

Ein Tausend Fünf Hundert Mark

testamentarisch hinterlassen.

Nachdem diese Summe an uns als den Vertreter des Orchester-Pensionsfonds für Leipzig, mit welchem jene Stiftung zur Unterstützung der Wittwen und Waisen des Leipziger Stadtorchesters seit 1. Juli 1893 verschmolzen ist, ausgezahlt worden, so bringen wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß und rufen zugleich dem genannten Wohlthäter unseren aufrichtigen Dank in die Ewigkeit nach.

Leipzig, den 31. August 1894.

Der Verwaltungs-Ausschuß für den Orchester-Pensionsfonds daselbst.
Dr. Georgi, Vorsitzender.
Willich, Ass.

220.

Bekanntmachung.

Nachdem die **Erd- und Maurerarbeiten** zum Erweiterungsbau **der 19. Bezirksschule** in Leipzig-Eutritzsch zur Vergebung gelangt sind, werden die nicht berücksichtigten Bewerber ihrer Angebote hierdurch entbunden.

Leipzig, am 30. August 1894.

4102. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Fr. 2059. Dr. Georgi. Dr. Dhs.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 9. dieses Monats, den Handarbeiter **Ernst Robert Seidel** betreffend.

Leipzig, den 31. August 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig, Armenamt, Abth. IV a.
A. R. IVa, 1323. Heutschel. Hr.

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet resp. abgegeben wurden in der Zeit vom 16. bis 31. August 1894 folgende Gegenstände:

ein Geldbetrag von **20 ℳ**, 2 dergl. von je **10 ℳ**, Portemonnaies mit **12 ℳ 52 ₰**, **6 ℳ 98 ₰** und **3 ℳ 19 ₰**, 2 gravirte **Trauringe**, ein Damenring, eine goldene Brosche, ein goldenes Medaillon, ein Korallen-Ohrring, ein silberner Löffel, mehrere Klemmer und Brillen, ein Cigarren-Etui, ein Liederbuch, **mehrere Leibhausscheine, eine** Anzahl Schlüssel, einige Schirme und Stöcke, ein Packet Verbandstoff, ein Hirschhornstockgriff, ein großer Gummiball, ein Packet mit div. Materialwaaren, ein weißer Kinder- und ein brauner Herren-Strohhut, ein heller Schulterkragen, eine grauwollene Kinderjacke, eine schwarze Schürze, ein gestricktes Schürzenlatzel, ein Packet Frauenkleidungstücke, ein Paar neubesohlte Herren-Stiefeletten, eine Gartenschere, eine größere eiserne Zange, eine Wasserwaage, ein Sack mit Arbeitssachen und eine Schaufel, eine Hengabel, zwei verschiedene Peitschen, ein Packet neue Plomben mit Bohrer und Zange, ein Paar Pferdedecken, eine einzelne dergl. und 4 zugelaufene Enten.

Zur Ermittelung der Eigenthümer wird dies hierdurch bekannt gemacht.

Gleichzeitig fordern wir auch Diejenigen, welche Fundgegenstände im Juli und August vorigen Jahres bei uns abgegeben haben, auf, dieselben zurückzufordern, anderfalls den Rechten gemäß darüber verfügt werden wird.

Leipzig, den 4. September 1894.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Wl.

Städtische Höhere Schule für Mädchen,
— Albertstrasse 23. —

Anmeldungen von Schülerinnen, die zu **Michaelis d. J.** in die Schule eintreten sollen, nehme ich täglich von 11—12 Uhr entgegen. Das letzte Schulzeugniß ist mitzubringen.

Leipzig, den 3. September 1894. Dr. Wychgram.

Das Reich muß uns doch bleiben!

I.

Kurz hintereinander haben der evangelische Bund in Bochum, der Katholikentag im „heiligen" Köln ihre großen Versammlungen gehalten. Ein Vergleich zwischen dem verschiedenen Geist in den beiden Lagern, in die sich unser deutsches Volk spaltet, drängt sich unwillkürlich auf; er kann nur zu Gunsten des evangelischen Wesens ausfallen. Zwar hat die ultramontane Mache schon den Versuch begonnen, den Eindruck der Verhandlungen in Bochum abzuschwächen. Auch ein Max Oberbreyer in Leipzig fand sich genöthigt, den evangelischen Bund nach bekannten Mustern anzugreifen. Der evangelische Bund kann kaum eine bessere Rechtfertigung finden, als daß solche Herren sich wider ihn in Bewegung setzen. Daß der Ultramontanismus Hilfskräfte braucht oder sich gefallen läßt, denen echte religiöse Begeisterung und tieferes sittliches Verständniß fremd scheinen, die seine Sache nur durch Caricaturmalerei der evangelischen Kirche und durch scurrile Possenreißerei über Vertreter des Protestantismus führen wollen, ist ein bedenkliches Zeichen für seinen inneren Werth. In Köln hat diesmal die ultramontane Partei ihr Herz ausgeschüttet. Ihre ganze Liebe gehört den Jesuiten. Der Präsident des Katholikentages, Dr. Orterer, hat es unverfroren ausgesprochen: „Wir alle sind Jesuiten, und ich bin ein Erzjesuit." Da wird uns freilich Vieles verständlich. Die Arbeit der Jesuiten strebt danach, dem Papstthum die ausschließliche Herrschaft über die Welt zu verschaffen. Das Wort des römischen Pontifex soll urbi et orbi Befehle ertheilen. Dies ist kein religiöses, sondern ein politisches Ziel. Da in Köln nach dem Ausspruch des Dr. Orterer nur Anhänger des Jesuitismus sich zusammenfanden, wundern wir uns nicht, daß ihre Verhandlungen und Beschlüsse in eine politische Spitze auslaufen. Vor Allem hat der Katholikentag die Aufgabe, dem Centrum die Stützen im katholischen Volke zu erhalten. Sonst, sagt Orterer, „wäre die Centrumspartei niemals die mächtige Partei geworden, die sie jetzt ist und als die wir sie erhalten müssen. Was wäre das katholische Volk in der gegenwärtigen gährenden Zeit ohne diese parlamentarische Vertretung? Sehen wir uns doch in den Staaten mit katholischen Mehrheiten um, und vergleichen wir damit unsere Stellung in Deutschland, wo wir doch die Minderheit bilden! Ohne das Centrum würden wir diese Stellung nicht haben." Diese Worte verdienen alle Beachtung, auch in Berlin. Das Centrum ist sich seiner Macht bewußt; hier wird die so oft ausgestoßene Klage vergessen, daß das katholische Volk von dem unduldsamen Protestantismus gedrückt werde; nein, Orterer gesteht es zu, Dank dem Centrum, befindet es sich in dem vom evangelischen Geist beherrschten Deutschland besser, als in katholischen Staaten. Es ist bezeichnend, daß Orterer das Centrum als das Mittel hinstellt, durch welches der Katholicismus unter uns sich Nachdruck verschaffe. Also, so dürfen wir schließen, der Romanismus hält sich oben nicht durch den inneren Werth der von ihm vertretenen Gedanken, nicht durch die Ueberzeugungskraft seiner Auffassung vom Christenthum, nicht durch das helle Licht seiner Ideale, sondern allein durch das Centrum, das, getragen von seinen gut zusammengeschweißten Wählermassen, eine ausschlaggebende Rolle im politischen Leben spielt.

Wir bemerken den Ultramontanismus nicht um dies unfreiwillige Eingeständniß seiner geistigen Schwäche und religiösen Armuth. Das Centrum, so sagt Orterer, ist jetzt eine mächtige Partei und ist als solche zu erhalten. Es wird die Gunst der Lage, die ihm die Zerfahrenheit der anderen Parteien und die unbegreifliche Nachgiebigkeit der Regierung bietet, möglichst ausnutzen. Der Bundesrath hat den Römischen die Redemptoristen gewährt; er wird ihnen noch die Jesuiten dazu geben müssen. Denn so heischt es Orterer: „wir wollen sie noch haben, und werden sie haben und werden sie noch in diesem Jahrhundert haben". Gewiß, das Centrum braucht die Jesuiten. Kein Orden der katholischen Kirche verficht so unbedingt die Unterordnung des Volkes und der Priester unter den Pontifex, wie die Jesuiten; kein Orden versteht auch das religiös unmündige Volk in diesem Sinne so schlau und gut zu bearbeiten, wie die Jesuiten. Kommen diese wieder, so ist die Erwartung, daß sich die gläubige Heerde noch länger den priesterlichen Weisungen auch auf politischem Gebiete füge, nicht unbegründet; so darf das Centrum auch ferner auf eine für sich willige Wählerschaar rechnen; so hat es die Aussicht, noch auf eine Reihe von Jahren seine Geschäfte zu machen und die mächtige Partei zu bleiben, zu der der römische Wahldrill und die Schwäche der Anderen sie gemacht haben. Wenn diese Berechnung nicht trügen sollte, so wäre doch auch vom weiter andauernden Einfluß dieser Partei zu erwarten, daß die Nerven des Staatslebens vom elektrischen Strom des Ultramontismus für römische Ziele noch kräftiger als bisher erregt und bewegt würden. Auf diesen Punct strebt das Verlangen hin, die politische Verwaltung mit Anhängern des römischen Systems auszustatten. Deutlich genug spricht dies folgende Resolution aus: „Die 41. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erkennt in der zunächst in Preußen, aber auch in einzelnen anderen Bundesstaaten hervorgetretenen augenscheinlichen Zurücksetzung der Katholiken in allen hohen behördlichen Stellen, welche in den Spitzen bis zu völliger Ausschließung sich steigert, eine besonders tief kränkende Verletzung der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichberechtigung der christlichen Bekenntnisse. Sie dankt den tapferen Vertretern des katholischen Volkes in der Presse, in einem der hervorragendsten Wahlkörper der Centrumspartei, wie im Parlamente aufs Wärmste, daß sie dieses Aergernißs mit so großem Nachdruck in den Vordergrund der öffentlichen Besprechung gerückt haben, und spricht die Erwartung aus, daß unsere Vertreter in Parlament und Presse diese Besprechung mit unablässiger Kraft fortsetzen, bis auf diesem Gebiete voller Wandel geschaffen und auch bei Besetzung der höchsten Stellen die Katholiken diejenige Berücksichtigung finden, welche ihnen auf Grund ihrer unanfechtbaren staatsbürgerlichen Ebenbürtigkeit zukommt."

Herrliche Zukunft für die Protestanten! Zwar so nahe scheint sie noch nicht zu sein, denn es fehlt den Römischen an wissenschaftlich gebildeten Männern für solche Stellung. Darum lenkt die 41. Generalversammlung der Katholiken wiederholt die Aufmerksamkeit der deutschen Katholiken auf die statistisch erwiesene Thatsache, daß die Katholiken Deutschlands im Besuch der höheren Schulen (Gymnasien, Realschulen, Universitäten ꝛc.) bedeutend zurückstehen". Aber selbst wenn dieser Appell Gehör fände und eine größere Anzahl Jünglinge den höheren Schulen zuführte, wer giebt die Gewähr, daß jene auf staatlichen Anstalten mit der nöthigen Fülle ultramontaner Gesinnung getränkt werden? So wollen denn die Römischen bischöfliche Gymnasien, eine päpstliche Universität auf deutschem Boden. Sie haben den Muth, zu beschließen:

„Wir deutschen Katholiken fordern zur Durchführung der Unterrichtsfreiheit die alsbaldige Zulassung 1) der Errichtung höherer, von unseren Bischöfen geleiteter Lehranstalten, deren Besuch dem Besuche der entsprechenden staatlichen Anstalten staatlicherseits entsprechend gleichgestellt wird; 2) die Errichtung einer freien katholischen, vom heiligen Stuhl gutgeheißenen, von unseren Bischöfen beaufsichtigten Universität in Deutschland und jedenfalls die Berücksichtigung der auf der Universität zu Freiburg (Schweiz) zugebrachten Studienzeit in dem gleichen Umfange, in welchem der Besuch anderer außerdeutscher Universitäten berücksichtigt wird."

Und in der That, erreichten die Ultramontanen dies, fände sich ein protestantischer Staat, der so dumm wäre, auf dieses römische Verlangen einzugehen, nun, dann hätten wir vielleicht einmal ultramontane Minister, ultramontane Diplomaten, die Neigung besäßen zur Erfüllung des jesuitischen Herzenswunsches, den miserabelsten Staat, den die Weltgeschichte je gesehen hat, den Kirchenstaat, mit deutschem Blut um den Preis eines Weltkrieges und mit dem Opfer von Deutschlands Größe und Selbstständigkeit wieder aufzurichten. Sonderbarer Schwärmer, dieser Orterer! Er weist auf die Lage des Papstes in Rom hin: „Die Noth (!!) des Oberhauptes der Christenheit (sic!), die wir beklagen und bewinen, besteht fort, und noch zeigt sich nicht der Ausweg, um die territoriale Souveränität des Oberhauptes von 200 Millionen Christen zu erzielen. Und doch ist es nothwendig, daß sie wieder aufgerichtet werde als fester Fels, an den Alle sich klammern in der Noth." Ist das wirklich noch Christenthum? Wer so spricht, kennt der das Evangelium Dessen, dessen Reich nicht von dieser Welt ist? Ist die Frage, ob der römische Bischof einige Quadratmeilen Landes als Herrscher verwaltet oder nicht, eine religiöse Angelegenheit? Tausende von Katholiken werden mit uns „Nein" sagen; sie ist nur eine Lieblingsmeinung des Ultramontanismus; sie ist nicht religiöser, sondern wie der ganze Romanismus, nur politischer Natur.

Dieses sein innerstes Streben hat der Jesuitismus wieder einmal auf der Versammlung zu Köln enthüllt. Auf dieser Linie werden die Ultramontanen weiter agitiren; die Parole ist auf dem Katholikentag dazu ausgegeben. Das einzige Ziel ist, dem Centrum und dem hinter ihm stehenden Geist des Ignatius von Loyola auf deutschem Boden die Macht zu sichern und zu erweitern, die ihm augenblicklich zugefallen ist, und welche dem Romanismus je länger je mehr bei den romanischen Völkern schwindet, weil diese sein wahres Wesen genauer kennen, als die jetzigen Deutschen. Um so nothwendiger ist es, daß Alle Die, welche das Christenthum und das deutsche Volk lieb haben, sich endlich aufraffen und den ultramontanen Bestrebungen entschieden entgegentreten. Die Berliner Kirchenpolitik hat sich seit Beginn dieses Jahrhunderts in ihrem Verhalten gegen Rom eine lange Kette von Fehlern geschmiedet; man hat geglaubt, die vatcanische Diplomatie durch Concessionen befriedigen zu können; aber je mehr man gab, um so mehr wurde verlangt. Rom wicht nur vor einem festen Willen zurück; wenn der Staat mit starker Hand hält und thut, was sein Recht ist, so wird auch die katholische Kirche innerhalb der ihr gezogenen nothwendigen Schranken thun, was ihres Amtes ist, nämlich das religiöse Leben ihrer Glieder zu läutern und zu heben. Und welche Aufgaben warten da ihrer vor einem abergläubischen Volk! Fährt man aber fort, mit dem Ultramontanismus zu paciren und zu handeln, dann wird man mit zu dem Ziele des Romanismus helfen, die deutschen Katholiken immer tiefer von ihren evangelischen Mitbürgern zu trennen, vom patriotischen Interesse für unser herrliches Reich immer weiter zu entfernen und einen klaffenden Riß zwischen den Söhnen eines Volkes zu schaffen; dann wird sich das Wort Döllinger's von dem unheilbaren Siechthum erfüllen, dem das deutsche Reich verfällt, wenn es den Verfechtern des Baticanismus breiten Raum gewährt.

Deutsches Reich.

O. **Berlin**, 5. September. Die Erklärung des „Reichsanzeigers" über den Bezug von Armeebedarf vom Waarenhaus für Armee und Marine ist insofern befriedigend, als sie die Zusage enthält, daß in Zukunft Dienstgegenstände für die Mannschaften des Heeres nicht mehr von diesem Geschäfte geliefert werden sollen. Bedauerlich ist aber, daß das Versprechen namens des Waarenhauses und nicht seitens der Kriegsverwaltung abgegeben wird, wie es überhaupt seltsam erscheint, einem Angriff gegen diese Behörde durch eine Schilderung des Geschäftsgebahrens einer Privatunternehmung begegnet zu sehen. Daß das Waarenhaus unabhängig vom Kriegsminister ist — formell wenigstens —, hat man gewußt. Um mißbräuchliche Begünstigungen des Officiervereins, wie sie im „Reichsanzeiger" eingeräumt werden, zu verhindern, bedurfte es aber auch keines behördlichen Einflusses auf die Erwerbsanstalt, sondern eines Befehles an die Truppencommandos, die nicht selbstständig sind. Die Kriegsverwaltung wird sich künftig der Pflicht nicht entschlagen können, dafür zu sorgen, daß das Waarenhaus nicht in Versuchung gerät, von seinem Grundsatz, Dienstgegenstände für die Mannschaften nicht zu liefern, abzugehen. Darüber, ob in der That einzelne Truppentheile in der Lage waren, die neuen Schützenabzeichen vom Waarenhause rascher als von sonstigen leistungsfähigen Unternehmern beziehen zu können, wird man vielleicht aus dem Kreise der Letztgenannten eine Meinungsäußerung zu hören bekommen. Jedenfalls war die Eile nicht so groß, daß die Truppencommandos die höheren Preisforderungen des mit der Lieferung betrachten Officiervereins übersehen mußten. Ueber diesen wichtigsten Punct der erhobenen Beschwerde legt sich der „Reichsanzeiger" Schweigen auf.

II **Berlin**, 5. September. Das Reichs-Versicherungsamt hat an die Vorsitzenden der Schiedsgerichte in Unfallversicherungssachen ein Rundschreiben gerichtet, nach welchem es zwei das schiedsgerichtliche Verfahren betreffende Aenderungen eingeführt sehen möchte. Einmal wünscht es, daß dem Reichs-Versicherungsamt, als oberster Instanz in Unfallversicherungssachen, die Nothwendigkeit der Beweiserhebung nach Möglichkeit erspart und die erschöpfende Klarstellung des Sachverhalts in der genossenschaftlichen und schiedsgerichtlichen Instanz vorgenommen wird. In dieser Erinnerung ist das Reichs-Versicherungsamt durch die große Anzahl der im Jahre 1893 in der Recursinstanz nöthig gewordenen Beweiserhebungen veranlaßt worden. Es waren nicht weniger als 846 Beweiserhebungen nöthig, welche der Reichscasse Kosten im Betrage von 17 370 ℳ verursachten. In der Mehrzahl dieser Fälle hätte die Beweiserhebung im Recursverfahren vermieden werden können, wenn in dem schiedsgerichtlichen Verfahren der Sachverhalt in erschöpfender Weise aufgeklärt worden wäre. Auch weist das Reichs-Versicherungsamt darauf hin, daß die Beweiserhebung in den Vorinstanzen in der Regel nicht so kostspielig sei, wie in der Recursinstanz, und daß dies namentlich für die Fälle gelte, in welchen der Thatbestand im Laufe der Zeit derart verdunkelt ist, daß zur Aufklärung kostspielige Erhebungen, insbesondere ärztliche Gutachten erster Autoritäten, erforderlich werden. Sodann wünscht das Reichs-Versicherungsamt, daß die Schiedsgerichtsvorsitzenden die Zustellungen, welche den Lauf von Fristen bedingen, nicht gegen Postzustellungsurkunden, sondern mittels eingeschriebenen Briefes bewirken. Es erhofft davon eine Vereinfachung und größere Sicherheit des Verfahrens.

* **Berlin**, 5. September. Das Eingreifen deutscher und britischer Kräfte in die samoanischen Wirren veranlaßt die „Magdeb. Zeitung", von Neuem auf den alten, allmählich immer mehr als allein durchführbar erkannten Vorschlag zur Beendigung dieser Wirren zurückzukommen. Das Blatt schreibt — und kann dabei der allgemeinen Zustimmung in Deutschland sicher sein: „Aus Samoa kommt die Nachricht, daß nach Verständigung der Vertreter der Mächte ein englisches und ein deutsches Kriegsschiff endlich dazu übergegangen sind, die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung auf der Insel zu erzwingen. An drei Tagen sind die Stellungen der Aufständischen beschossen worden, und eine letzte, allerdings noch nicht beglaubigte Nachricht meldet die vollständige Unterwerfung der Aufständischen. Auch ohne eine solche Bestätigung wird der moralische Eindruck, den das gemeinsame Handeln der fremden Mächte auf die Eingeborenen machen muß, nicht zu unterschätzen sein. Nur durch die Unterstützung, welche die streitenden Gruppen auf Samoa von der Eifersucht der fremden Mächte erhofften und leider auch nur zu oft empfingen, haben sich die an sich bedeutungslosen „Kriege" der Häuptlinge unter einander immer wieder erneuern können, und Unsummen Geldes sind von diesen nutzlosen Fehden verschlungen und der Cultur bereits gewonnene Anpflanzungen vernichtet worden. Ein amerikanisches Kriegsschiff scheint vor Apia nicht anwesend gewesen zu sein; aber aus der Thatsache, daß der amerikanische Consul nicht Widerspruch gegen das Bombardement durch ein englisches und ein deutsches Kriegsschiff erhoben hat, darf wohl entnommen werden, daß der Vorschlag des Präsidenten Cleveland, die Vereinigten Staaten möchten sich aus dem samoanischen Geschäft zurückziehen, wahr gemacht werden soll. Es läßt sich dann aber auch erwarten, daß der weitere Schritt gethan werden wird, um endlich auf Samoa Ordnung zu schaffen: die Herstellung der Schutzherrschaft einer Macht, die nach der Lage der Dinge nur Deutchland sein kann. In diesem Sinne hat sich ja auch die Bittschrift ausgesprochen, die von den auf der Inselgruppe ansässigen deutschen Kaufleuten und Plantagenbesitzern direct an den Kaiser gerichtet wird. Die wesentlich auf den Wunsch der Vereinigten Staaten eingerichtete Dreiherrschaft hat sich als undurchführbar und nach dem Zeugniß der amerikanischen Regierung selbst als eine Quelle neuer Wirren erwiesen. So gilt es jetzt, wo von amerikanischer Seite kaum ein Widerspruch zu erwarten ist, auf den Vorschlag zurückzukommen, den Deutschland in Washington auf der ersten Samoaconferenz gemacht und der damals bereits die Zustimmung Englands gefunden hatte: eine Vorherrschaft Deutschlands unter Gewährleistung des freien Verkehrs für die Angehörigen der anderen Nationen. Es ist kaum anzunehmen, daß die inzwischen hervorgetretenen neuseeländischen Annexionsgelüste von englischer Seite werden unterstützt werden."

B. **Berlin**, 5. September. (Privattelegramm.) Die feierliche Enthüllung des Denkmals für Kurfürst Friedrich I. in **Friesack** wird auf Befehl des Kaisers am 13. October Mittags 12 Uhr stattfinden. Zu der Feier werden aus den Garnisonen Spandau und Rathenow Truppen zur Parade-Aufstellung befohlen werden. Nach der Festordnung wird der Ehrenpräsident des Ausschusses, Landesdirector von Derchow, eine Ansprache halten, der die Enthüllung folgt. Die Ausschußvorsitzenden Friedel und der Landrath des Westhavelländischen Kreises von Lochell werden die Uebergabe des Denkmals an die Stadt Friesack vollziehen. Das projectirte Frühstück in einem Prunkzelt wird nicht stattfinden; der Kaiser wird vielmehr nur einen von der Stadt Friesack angebotenen Ehrentrunk annehmen und gegen 2 Uhr nach Berlin zurückkehren.

B. **Berlin**, 5. September. (Privattelegramm.) Wie die „National-Zeitung" mittheilt, empfing Professor **Curtius** zu seinem 80. Geburtstage ein Handschreiben des Kaisers, worin dieser den Geburtstag des Gelehrten einen nationalen Feiertag nennt, unter Bezugnahme auf die Einweihung der Sarkophage des Charlottenburger Mausoleums den Jubilar als einen vom Kaiser Friedrich erprobten Berather und einen väterlichen Freund bezeichnet und ihm den Kronenorden 1. Classe verleiht.

— **Aus dem Religionsunterricht einer freireligiösen Gemeinde.** Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Pädagogische Zeitung" über den religiösen Jugendunterricht des Herrn Dr. Bruno Wille in Berlin. Die Mittheilungen sind (wie die „Germania" schreibt) deshalb so beachtenswerth, weil sie zeigen, was für eine Art von Religionsunterricht die freireligiöse Gemeinde für angemessen hält. Wille veröffentlichte vor zwei Jahren ein Lehrbuch für den Jugendunterricht freier Gemeinden und zwar „im Auftrage der freireligiösen Gemeinde zu Berlin". In seinem Lehrbuch nimmt Wille Bezug auf seinen Unterricht und erzählt, daß er denselben mit Gesang beginne. In den Jünglingen, welche von der Straße kommen, bringe dies „eine gewisse Sammlung und Reinigung des Sinnes" hervor. Man ist deshalb mit Recht gespannt darauf, welche Lieder diese Reinigung des Sinnes bewirken sollen. Allein schon die Melodien bereiten eine gewisse Enttäuschung. Die Lieder werden nämlich gesungen nach Melodien wie: Steh ich in finsterer Mitternacht, Schier dreißig Jahre bist Du alt, Freut euch des Lebens, Ein freies Leben führen wir ꝛc. Bei Durchsicht der Lieder faßt man aber sogar auf Stellen wie die folgenden:

S. 29. Die ersten Blumen:
Laßt es wollen frei und offen
In der Schule, in dem Haus,
Löscht es länger doch, o Pfaffen
Nicht mehr in den Kneipen aus.

S. 48. Der Freidenker:
Es regt sich emsig um mit Muth ein neues Haus zu schaffen,
Ein Haus befreit vom Geistes Druck, befreit vom Druck der Pfaffen.
Kein Pfaffe darf mit Glaubenszwang die Kinder ihm erziehen,
Es pflegt die Herzen, daß sie einst für edles nur erglühen.

S. 55. Muckerei:
Fort mit der alten Muckerei,
Die nur den Kopf verdreht!
Es singt sich noch ein mal so frei,
Wenns frisch von Herzen geht,
Wenn jedes treu das Seine thut,
Geht ohne Pfaffen alles gut.

S. 78. Spruch:
Den jedes Pfaffen Wort
Gleich reizt zu Thränen fort,
Der ist, wenn das Gefühl verpufft,
Zumeist ein Schwätzling und ein Schuft.

Diese Proben genügen zur Kennzeichnung des freireligiösen Unterrichts.

— Ueber den Entwurf eines preußischen Wassergesetzes hat sich der Sonderausschuß für Wasserrecht der Deutschen Landwirthschaftsgesellschaft in einer Denkschrift, die in diesen Tagen zur Ausgabe kommen wird, abfällig ausgesprochen und zwar in Uebereinstimmung mit den Anschauungen der Vertreter des Deutschen Landwirthschafts-